Offenbach, 30. März 2016

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der GRÜNEN Offenbach-Stadt vom 30.3.2016 Demokratie vor Ort stärken

In der Stadt Offenbach lag die Wahlbeteiligung zur Kommunalwahl am 6. März 2016 mit 32,9 % historisch niedrig. Damit bildet die Stadt Offenbach erneut hessenweit das Schlusslicht. Eine ansteigende Wahlbeteiligung wäre hingegen ein Indiz dafür, dass sich Menschen mehr für ihre Stadt interessieren, sich stärker mit ihr identifizieren und sich in ihr zu Hause fühlen.
Die niedrige Wahlbeteiligung in unserer Stadt finden wir aus mehreren Gründen bedenklich:

- Durch eine niedrige Wahlbeteiligung sinkt die Legitimation des politischen Handelns. Damit wird auch das Fundament unserer freiheitlichen Demokratie untergraben.
- Die niedrige Wahlbeteiligung lässt befürchten, dass ein Großteil der Bevölkerung kein Interesse an der Entwicklung des Gemeinwesens der Stadt Offenbach hat oder die Demokratie vor Ort nicht als Weg sieht, Einfluss auf die Entwicklung des Gemeinwesens zu nehmen.
- Niedrige Wahlbeteiligung ermöglicht demokratiefeindlichen Kräften in unseren Parlamenten Fuß zu fassen. Wenn Demokrat*innen nicht zur Wahl gehen, haben es Rechte und Rechtspopulistische Kräfte leicht, gute Ergebnisse zu erzielen.
- Langfristig kann sich jedoch auch – das zeigen die Wahlanalysen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt – unter den von der Demokratie Entfremdeten ein großes Wählerpotential für rechtspopulistische Kräfte bilden.

Aus diesen Gründen erfüllt uns die andauernd niedrige Wahlbeteiligung in Offenbach mit tiefer Besorgnis.

Die meisten Parteien in Deutschland sehen sich in der Verantwortung, das demokratische System zu tragen und zu beschützen. Ganz besonders wir als Bündnis 90/Die Grünen Offenbach sehen es als unsere Verantwortung und Aufgabe, vor Ort für unser demokratisches System zu werben. Wir wollen deshalb diejenigen, die bei den letzten Wahlen am Rande standen, wieder zurückzuholen in die Mitte unseres Gemeinwesens.

Um dieser Verantwortung nachzukommen, sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Wir beauftragen den Vorstand der GRÜNEN Offenbach-Stadt, ein Themenforum „Demokratie in Offenbach“ einzusetzen, das die Hintergründe für die niedrige Wahlbeteiligung untersuchen soll. Der Vorstand soll dem Themenforum Unterstützung im üblichen Rahmen gewähren. Im Forum sollen dabei allgemeine Trends, aber auch Offenbach-spezifische Entwicklungen berücksichtigt werden. Das Themenforum soll abgeleitet daraus Ideen und Vorschläge erarbeiten, die helfen, die Beteiligung der Bevölkerung an unserem demokratischen System zu stärken. Besonders zu achten ist dabei auf EU-Bürger*innen und andere Offenbacher*innen mit Migrationshintergrund, da eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben vor Ort ein wichtiger Aspekt von Integration ist. Der Vorstand soll den Punkt „Wahlbeteiligung in Offenbach“ zur ersten Mitgliederversammlung im Jahr 2017 auf die Tagesordnung nehmen, wo das Themenforum einen (ersten) Bericht über seine Aktivitäten vorlegen und eventuelle Maßnahmen vorstellen kann.
- Die GRÜNE Stadtverordnetenfraktion wird gebeten, sich für eine wenn möglich auch von anderen Parteien getragene Initiative zur Stärkung der Demokratie vor Ort und zur Verbesserung der Wahlbeteiligung in Offenbach einzusetzen. Ziel ist dabei die Ansprache von

Bevölkerungsgruppen, die bisher den politischen Leben fern geblieben sind. Diese sollen ermuntert werden an der Gestaltung Offenbachs mitzuwirken.

- Unsere Vertreter*innen bei Sondierungs- und möglichen Koalitionsverhandlungen fordern wir auf, dieses Thema auch in diesem Rahmen auf die Agenda zu nehmen und in einem möglichen Koalitionsvertrag zu verankern.
- Weiterhin sind der Vorstand und alle Mitglieder der GRÜNEN Offenbach aufgefordert, in überörtlichen Gremien und Arbeitsgemeinschaften auf Maßnahmen der Landes- und Bundespartei zur Verbesserung der demokratischen Teilhabe und Teilnahme zu drängen.

Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Unsere Aufgabe als Partei ist es, nicht nur gut zu regieren und gute Entscheidungen zum Wohl der Allgemeinheit zu treffen. Wir müssen auch permanent für die Demokratie werben und sie lebendig erhalten. Dafür stehen wir GRÜNEN und deshalb ergreifen wir die oben beschriebenen ersten Maßnahmen.